

Der Wettlauf der Wirtschaftssysteme

Autor(en): **Oeconomicus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **39 (1960)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337192>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Wettlauf der Wirtschaftssysteme

1. Größe, Wachstum und Wirtschaftspotential von Osteuropa

Die Bevölkerung der Sowjetunion beträgt ungefähr 210 Millionen, diejenige der andern Länder Osteuropas (ohne Jugoslawien) nicht viel weniger als 100 Millionen. Die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit ihren 170 Millionen liegen also ihrer Bevölkerung nach zwischen Osteuropa und der UdSSR. In der EWG ist die Bevölkerungsdichte 145 Personen pro Quadratkilometer gegen 95 in den osteuropäischen Ländern, welche flächenmäßig fast gleich groß sind wie die Länder der EWG. Die Bevölkerungsdichte der UdSSR stellt sich auf nur 9 Personen pro Quadratkilometer, in der Ukraine kann sie jedoch bis 70 ansteigen. Von der Gesamtfläche der UdSSR entfallen auf

Polargebiet	etwa 6 Prozent
Tundra	etwa 10 Prozent
Taiga (Sumpf)	etwa 50 Prozent
Ödland (Wüste)	etwa 18 Prozent

Der Rest, das Steppengebiet, umfaßt etwa 18 Prozent und enthält als Entschädigung den so ungemein fruchtbaren «Schwarzerdegürtel», der durch die Ukraine tief nach Sibirien führt. Ferner finden sich im Steppengebiet fast alle Bodenschätze, zu denen in neuerer Zeit noch Diamantenfunde in Sibirien kommen. Dünn besiedelt und ausgerüstet mit diesen Rohstoffen, ist die Sowjetunion in der Lage, sich industriell und landwirtschaftlich gesondert von der übrigen Welt zu entwickeln. Tatsächlich hat die Sowjetunion seit 30 Jahren eine autarke Politik betrieben, und der Nachkriegsexporthandel, meistens mit den andern osteuropäischen kommunistischen Staaten, beträgt nur 4 Prozent des Nationaleinkommens. Dies ist nicht viel weniger als in den USA oder den OECE-Ländern (Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit), falls deren Handel untereinander vernachlässigt wird. In den osteuropäischen Ländern – von denen Polen bevölkerungsmäßig am größten ist – liegt der Anteil der Landwirtschaft innerhalb des in Westeuropa gegebenen Rahmens, das gesamte Gebiet ist jedoch relativ arm an Rohstoffen für die Industrie. Die größten Vorkommen an Kohle befinden sich in Polen und der Tschechoslowakei, Braunkohle und Kali in Ostdeutschland, Öl in Rumänien und Albanien, Bauxit in Ungarn, Zink und Schwefel

in Polen, Chrom und Kupfer in Albanien und Blei in Bulgarien. Es fehlen Eisen- und Manganerze sowie andere nicht eisenhaltige Erze. Diese Tatsachen schließen eine Autarkie in Osteuropa aus, obschon eine Strömung in dieser Richtung in den ersten zehn Nachkriegsjahren bemerkbar war. 1958 betrug der durchschnittliche Außenhandelsumsatz pro Kopf nur 120 Dollar im Vergleich zu 280 Dollar für die Marshall-Plan-Länder (OECE) und die Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Vor dem Zweiten Weltkrieg war der osteuropäische Handel nach Deutschland und Westeuropa gerichtet; aber seit dem Krieg ist die Sowjetunion der Hauptpartner (38 Prozent des Handels im Jahre 1957), und 25 Prozent des Handels verteilen sich unter ihnen selbst.

Als das jetzige Regime an die Macht kam – in Rußland am Ende des Ersten, in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg –, hatten außer Bulgarien alle Länder bedeutende Investitionsgüterindustrien, um die Industrialisierung zu starten. Eine moderne Eisen- und Stahlindustrie war Ende des letzten Jahrhunderts in der Ukraine und in Schlesien errichtet worden. Kohle- und Ölförderung sowie die Textilindustrie entwickelten sich, während die chemische Industrie und der Maschinenbau vorwiegend in Ostdeutschland und in der Tschechoslowakei gediehen. Jedes dieser Länder hat daher viel zur Vergrößerung des Industriepotentials beigetragen.

Vergleicht man das Wachstum der Industrie in der Sowjetunion und in Osteuropa während der fünfziger Jahre mit jenem der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, so muß bei den Ziffern der ersteren eine gewisse Korrektur angebracht werden: Die Werte der Oststaaten sind Bruttowerte, wogegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf der Grundlage von Nettowerten aufbaut. Nach einer in Amerika und England entwickelten Methode berechnet, kann die Produktionszunahme der UdSSR für die Jahre 1928 bis 1953 als 16fach und für die Jahre 1928 bis 1955 als 21fach gelten. Der Vergleich zeigt einen neunfachen Zuwachs bis 1953 und einen elf- bis zwölf-fachen Zuwachs bis 1955.

Das industrielle Wachstum, das in Rußland 27 Jahre brauchte, benötigte in Südafrika und Japan 29 Jahre (1911–1940 beziehungsweise 1893–1922), in Schweden und in den USA 43 Jahre (1870–1913 beziehungsweise 1863 bis 1906). Die jährlichen Zuwachsraten für Industriepläne auf lange Sicht betragen etwa 9 Prozent, und aus verschiedenen Gründen ist der Unterschied zwischen den Brutto- und Nettoberechnungen nunmehr kleiner als in den aufgeführten historischen Statistiken. Wir können daher sicher annehmen, daß die industrielle Zuwachsrate in der Sowjetunion und in Osteuropa groß war und sehr wahrscheinlich auch in Zukunft größer sein wird als in Westeuropa und selbst in den USA.

Die industrielle Gesamtproduktion
Jährliche prozentuale Zuwachsraten

	1951—1953	1954—1955	1956—1958	1959	1959—1965 (Plan)
Tschechoslowakei	13,5	7,7	10,3	10,9	9,1
Ostdeutschland	16,5	9,9	8,3	12,3	9,4
Ungarn	22,0	4,9	4,5	12,0	7,5
Polen	20,5	11,5	9,4	9,0	8,3
Sowjetunion	13,3	12,8	10,1	11,5	8,6
EWG	7,7	10,5	5,7	7,6	—
USA	6,0	2,0	—1,3	12,0	—

Aber trotz ihrem schnellen Wachstum hat die industrielle Entwicklung die Tatsache des späteren Beginns noch nicht wettgemacht. Ein guter Schlüssel für das materielle Wohlergehen des Landes ist das Nationalprodukt, welches für die vier Balkanländer gut unter 300 Dollar pro Kopf ausmacht, während die andern osteuropäischen Länder in die Gruppe von 580 bis 660 Dollar pro Kopf und Jahr fallen. Die Sowjetunion steht wahrscheinlich bei ungefähr 530 Dollar pro Kopf und Jahr. In der EWG übersteigt das Nationalprodukt pro Kopf 600 Dollar, mit Italien am Ende und Frankreich an der Spitze. Das Sekretariat der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) hat für Westeuropa einige Voraussagen ausgearbeitet, welche die Wachstumsrate für das ganze Gebiet der EWG auf 4 Prozent pro Jahr ansetzt. Man kann erwarten, daß die Produktion der Sowjetunion jährlich um 6 Prozent zunimmt und diejenige von Osteuropa in ungefähr gleichem Maß.

2. Probleme des internationalen Handels

Der Wettlauf um die industriellen Zuwachsraten kann im Sinne von Chruschtschew als eine Art Konkurrenz aufgefaßt werden. In seinen «Thesen» am Parteikongreß in Moskau 1959 erklärte er: «Der Beitrag des ganzen kommunistischen Systems ist ungefähr ein Drittel der gesamten industriellen Produktion der Welt, und bis 1965 werden die kommunistischen Länder mehr als die Hälfte zur ‚Weltproduktion‘ beitragen. In anderen Worten, es wird eine absolute Übermacht des Kommunismus gegenüber dem Kapitalismus erreicht werden.»

Dies ist jedoch eine Konkurrenz zwischen politischen und ökonomischen Belangen, und das Problem, das am meisten interessiert, ist die Handelskonkurrenz, das heißt die Frage, ob die zunehmend im Osten produzierten Produkte in der Lage sein werden, in bedeutenden Mengen und zu konkurrenzfähigen Preisen in den westlichen Markt einzudringen.

Der internationale Handel, wie Ricardo schon 1817 erwähnte, nimmt den Vorteil der komparativen Kosten wahr, indem eine exportfähige Ware in der Lage ist, mehr Ware im Ausland als im Inland zu kaufen. Die Wirtschaften der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten haben ihre Preisstrukturen sowohl vom Weltmarkt wie auch von den eigenen Märkten getrennt. Keine Währungen können frei getauscht werden, die Kurse sind meist von der Regierung bestimmt, und die Differenz zwischen den In- und Auslandpreisen ist Gewinn oder Verlust für die Staatshandelsunternehmungen. Diese Unternehmen besitzen ein Monopol in ihren respektiven Branchen, sie kaufen und verkaufen zu Inlandpreisen und offerieren und erhalten Ware vom Ausland zu ausländischen Währungen, welche zu künstlichen Kursen in Inlandpreise umgerechnet werden.

In einem Artikel, erschienen im Bulletin der Europäischen Wirtschaftskommission (Vol. 11, Nr. 1), wurde über dieses Problem der Trennung der Außenhandelspreise von den Inlandpreisen und -kosten ausführlich diskutiert, und dieser Artikel schloß mit der Bemerkung: «Die Praxis, den zwischenstaatlichen Handel innerhalb eines größeren Gebietes auf der Basis von Weltmarktpreisen abzuwickeln, scheint in Widerspruch zu stehen mit dem Ziel koordinierter regionaler Entwicklung und maximaler Ausnützung der lokalen verfügbaren Rohstoffquellen, da diesbezüglich die Verhältnisse in einem bestimmten Gebiet von denen der übrigen Welt sich sehr unterscheiden können. Innerhalb einer nationalen Marktwirtschaft sind die Möglichkeiten, die Preisstruktur für den internen Handel aufrechtzuerhalten, sehr verschieden von den Möglichkeiten in der Welt im ganzen, so zum Beispiel eine Einflußnahme auf die Entwicklung der inländischen Produktion und den Außenhandel in Übereinstimmung mit der erwünschten Ausnützung der im Inland gegebenen Produktionsfaktoren mit Hilfe der Zollpolitik und unter Heranziehung mehrfacher Wechselkurse – wenn diese Möglichkeiten in der Praxis auch nicht immer rationell ausgenützt werden. Innerhalb des Gebietes einer Zollunion, wie sie die EWG zu errichten plant, sind die gleichen Möglichkeiten für das gesamte Gebiet durch den gemeinsamen Zolltarif gegeben.» Man macht sich jedoch in Osteuropa bereits Gedanken über die Schwierigkeiten, die sich aus dem Versuch ergeben, ein «integriertes», sich selbst versorgendes Handelssystem auf der Basis der Struktur von Weltmarktpreisen zu errichten. Sehen sie jedoch davon ab, untereinander Weltmarktpreise für den Handel zu gebrauchen, werden sie vor das Problem des «Gemeinsamen Marktes» gestellt, nämlich vor die Frage der Höhe ihrer Zölle gegenüber Einfuhr von Drittländern, und außerdem – falls Arbeits- und Kapitalfluß innerhalb des Ostraumes nicht größer werden, als sie jetzt sind – muß entschieden werden, wie die noch in den Kinderschuhen steckenden Industrien der weniger gut entwickelten Länder geschützt werden sollen. Jedoch, solange die Trennung zwischen effektiven Inlandkosten und der

Preisstruktur in den Mitgliedstaaten besteht, könnte eine Übereinstimmung erzielt werden, daß der Handel innerhalb der Region zu Weltpreisen geführt wird. Allerdings müssen für spezielle Güter, deren Produktion innerhalb des Gebietes forciert werden soll, zusätzliche Margen gemeinsam festgesetzt und in einigen Fällen sogar größere Margen für Exporte von einzelnen Mitgliedstaaten eingeräumt werden.

3. Der wirtschaftliche Wettlauf zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika

Noch vor dreißig Jahren hätte die Frage, wann Rußland Amerika wirtschaftlich eingeholt haben werde, utopischen Charakter gehabt. Heute dagegen bietet ein Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion mit derjenigen Amerikas äußerst aufschlußreiches Material für die Beurteilung nicht nur der zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen beiden Großmächten, sondern auch der politischen Entscheidungen, die sich in diesem Zusammenhang unweigerlich anbahnen. Denn mehr als in irgendeinem andern Zeitalter hängt heute politische Macht von der Entfaltung des wirtschaftlichen Potentials ab. Was in der Welt von übermorgen geschieht, wird weitgehend davon bestimmt, wie das wirtschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Rußland und Amerika morgen aussehen wird. Diese eminent praktische Bedeutung des Problems erklärt, warum sich die Wirtschaftswissenschaft heute in erster Linie mit dem Problem des wirtschaftlichen Wachstums beschäftigt.

Wirtschaftliches Wachstum gab es praktisch seit Beginn des industriellen Zeitalters. Die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Länder wurde zwar verschiedentlich durch Krisen gestört, folgte aber im großen und ganzen einem nach oben gerichteten Trend. Die empirisch meßbare Wachstumsrate beträgt im Durchschnitt etwa 3 bis 4 Prozent. Sie ist das Resultat einer großen Anzahl von Faktoren, die das Wachstum entweder gefördert oder gehemmt haben; also zum Beispiel die Sparneigung, die Einkommensverteilung, die konkrete Struktur der Investitionen usw.

Ganz anders und viel komplizierter wird das Problem, wenn der Westen auf Grund der sowjetischen Wirtschaftsexpansion dazu gezwungen wird, eine ganz bestimmte Wachstumsrate bewußt anzustreben. Was früher Ergebnis eines höchst komplexen Zusammenspiels von politischen und wirtschaftlichen Kräften war, soll nun als Ziel gesetzt werden. Der Westen, besonders Amerika als wirtschaftlich stärkstes Land, steht damit vor einem sehr heiklen Problem. Während die Sowjetunion mit ihren bekannten Methoden die volkswirtschaftliche Spar- und Investitionsquote autoritär festlegt, ohne sich darum zu kümmern, ob die Sowjetbürger vielleicht mehr Konsumgüter bei etwas geringerem Wachstum der Kapitalgüterindustrien vorziehen würden,

ist im Westen die Wachstumsrate durch die freiwillige Ersparnisbildung mitbestimmt. Wir sagen «mitbestimmt», weil am volkswirtschaftlichen Sparprozeß auch noch die Unternehmer und der Staat beteiligt sind. Ihre Sparquote muß mit den Intentionen der Konsumenten keinesfalls übereinstimmen. Da den Konsumenten, das heißt den privaten Haushalten, im Westen eine gewisse Autonomie zukommt, da ferner dem Prinzip nach die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt, fällt in der westlichen Wirtschaftsordnung optimales mit maximalem Wachstum keinesfalls zusammen. Diesem Faktum kommt gerade im Hinblick auf die russischen Bemühungen eine große Bedeutung zu. Es ergeben sich daraus weitere Probleme. Zunächst: was heißt «optimales Wachstum»? Man ist sich heute einigermaßen darüber einig, daß eine Wachstumsrate, bei welcher ein hoher Beschäftigungsgrad mit stabilem Geldwert, ausgeglichener Zahlungsbilanz und gerechter Verteilung des Sozialproduktes garantiert ist, wohl als optimal bezeichnet werden darf. Dies schließt aber sofort weitere Bedingungen ein, denn ein solcher Idealfall ist, falls überhaupt, nur bei einer ganz bestimmten Lohnstruktur und einer ganz bestimmten Investitionspolitik zu erreichen. Keine «unsichtbare Hand» garantiert, daß die Vorstellungen der Volksmehrheit über die konkrete Form einer «gerechten» Einkommensverteilung mit den Intentionen der Sparer und diese wiederum mit den Absichten der Unternehmer übereinstimmen. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt immer wieder, daß tiefgreifende Widersprüche in bezug auf die Absichten und Wünsche der einzelnen Wirtschaftsgruppen bestehen, so daß schließlich die Mitwirkung des Staates an der Schlichtung dieser Differenzen geradezu herausgefordert wird. Auf diese Weise vollzieht sich sozusagen hinter dem Rücken der Beteiligten ein tiefgreifender Strukturwandel, dessen Auswirkungen unter Umständen von niemandem begrüßt werden. Wir kommen also zum Ergebnis, daß «optimales» Wachstum im Westen zwar mit «maximalem» Wirtschaftswachstum nicht zusammenfällt, daß es aber so gut wie niemals möglich ist, «optimales» Wachstum in dem beschriebenen Sinne zu erhalten. Alles, was wir sagen können, ist, daß dasjenige Wachstum, das technisch möglich wäre, sicherlich nicht vereinbar ist mit den Wünschen der großen Mehrheit wirtschaftender Menschen. Prof. Fellner hat zum Beispiel berechnet, daß Amerika durch eine Umlagerung von 25 Prozent der Verbrauchsgüter auf die Investitionsgüter seine Wachstumsrate verdoppeln könnte.

Wir sehen also, daß das Wachstumsproblem im Westen gerade wegen der relativen Autonomie der Konsumenten und Unternehmer und der Gültigkeit privater Wünsche unendlich viel komplizierter ist als in der Sowjetunion, wo der Staat nur darauf zu achten hat, daß sich sein Arbeiterpotential physisch reproduziert. Ein Vergleich der amerikanischen mit der russischen Wachstumsrate zeigt bei allen Vorbehalten mit eindrucklicher Deut-

lichkeit, daß die Sowjetunion mit ihren wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine sehr beachtliche Wachstumsrate hat erzielen können. Wenn man bedenkt, daß schon ein geringer Unterschied zwischen den Wachstumsraten, zum Beispiel der zwischen 2 und 4 Prozent, eine Halbierung der Verdopplungszeit bedingt, wird klar, wie hart der wirtschaftliche Wettlauf zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika sein wird.

Der folgende Vergleich einiger Wachstumsraten stützt sich auf amerikanische Berechnungen. Danach betrug die durchschnittliche Wachstumsrate der russischen Industrieproduktion von 1950 bis 1955 7,7 bis 11,7 Prozent. Die amerikanische wird dagegen mit 4,6 Prozent angegeben. Ein Vergleich der beiden Wachstumsraten für den größeren Zeitraum von 1928 bis 1940 ergibt einen noch größeren Unterschied. Für Rußland beträgt die Wachstumsrate 6,8 bis 8,9 Prozent; für Amerika wird sie mit 1,8 Prozent angegeben. Auf diese massiven Unterschiede in den Wachstumsraten ist es zurückzuführen, daß Rußland auch in bezug auf das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung im Begriffe steht, Amerika einzuholen. Nach amerikanischen Angaben hat 1955 das russische Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung gegenüber den USA einen Rückstand von 56 Jahren gehabt. 1960 wird sich dieser Rückstand auf 48 Jahre reduziert haben. Bei gleichbleibendem Unterschied in den Wachstumsraten würde Rußland demnach etwa im Jahre 1990 Amerika auch in bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen eingeholt haben. Da seine Bevölkerung aber dann – ebenso wie heute – höher sein wird als diejenige Amerikas, wird auch sein gesamtes Wirtschaftspotential wesentlich größer sein. In der Tat wird nach inoffiziellen amerikanischen Berechnungen erwartet, daß Rußlands Gesamtproduktion an Stahl, Kohle, Zement und Glas sowie an Fischen und Zucker bereits 1960 absolut diejenige Amerikas übertreffen wird.

Diese Prognose wirft eine Reihe von ganz ernstesten Fragen auf: 1. Kann Amerika diesem Prozeß tatenlos zusehen und die Konsequenzen einer wirtschaftlichen Überrundung durch Rußland hinnehmen? 2. Wenn nicht, wie kann die technische Leistungsfähigkeit, also die wirtschaftliche Wachstumsrate, erhöht werden, ohne daß eine Erhöhung auf Kosten der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit ginge? 3. Sollte es sich erweisen, daß die Grenzen, innerhalb deren das wirtschaftliche Wachstum ohne empfindliche Eingriffe in die soziale und politische Struktur unserer Wirtschaftsordnung erhöht werden kann, relativ eng sind, stünde der Westen dann nicht vor dem Dilemma, daß er im Bestreben, die äußere Freiheitsbedrohung durch eine Erhöhung der Wachstumsrate abzuwenden, gerade die innere Freiheit gefährdet? – Die Antworten auf diese ernstesten Fragen sind noch nicht gefunden.

4. Aussicht für den Handel

zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Osteuropa

Abschließend seien die Aussichten für den Handel zwischen EWG und Osteuropa und der Sowjetunion in fünf Punkten zusammengefaßt.

1. Da sich der durch die Gründung der EWG und der EFTA hervorgerufene Effekt der Verteilung des Außenhandels in erster Linie auf die Fertigwaren erstrecken wird (diese Abteilung ist hohen Tarifen und Quantitätskontrollen unterstellt), werden diejenigen osteuropäischen Länder (Ostdeutschland und Tschechoslowakei), die bereits beachtliche Mengen solcher Güter exportieren, steigenden Schwierigkeiten begegnen. 2. Ähnlich wird es für Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien schwieriger werden, den Absatz von Fertigwaren in die zwei assoziierten westeuropäischen Gebiete zu entwickeln. 3. Die Sowjetunion exportiert hauptsächlich Rohmaterialien, Brennstoffe und Halbfabrikate, so daß sie weniger unter den ungünstigen Einflüssen westeuropäischer Integration leiden wird. Es kann sogar sein, daß sie in einigen Fällen von den vermehrten westeuropäischen Importnachfragen profitieren kann. 4. Westeuropäische Einfuhren von Landwirtschaftsprodukten werden auch in Zukunft geregelt sein. Die Entwicklung von Einfuhren von Osteuropa und der Sowjetunion wird von ad-hoc-Entscheidungen abhängen und von der Exportpolitik der westeuropäischen Länder gegenüber den Ostländern und der Sowjetunion. 5. Es sind die Völker Asiens, Afrikas und der anderen unterentwickelten Länder, welche die Welt der Zukunft bilden werden. Es stellt sich nicht mehr die Frage, ob diese Länder unabhängig sein werden oder nicht; die Frage lautet vielmehr, ob sie sich dem Kommunismus oder der Demokratie zuwenden werden. Die Stunde ist gekommen, wo man Kapital investieren muß. Dabei darf es nicht darum gehen, Gewinne zu erzielen, sondern die Länder für die Demokratie zu gewinnen. Der eigentliche Wettlauf der Wirtschaftssysteme wird sich auf diesem Gebiet abspielen.